



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/05/2014
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 03.12.2014
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. . Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Salafisten-Szene in Hagen
Bericht der Verwaltung
7. . Sachstand Klinik Im Deerth
Präsentation der AWO
8. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber
9. . Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 GeschO der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
hier: Anwendung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Hagen
Vorlage: 1047/2014
10. . Möglichkeit eines Praktikums bei lfd. SGB II- Bezug
11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Hentschel begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass Frau Kaufmann und Herr Goldbach noch verhindert seien und später zu der Sitzung kämen.

Er stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern fristgemäß zugegangen sei. Außerdem bittet er die Behandlung des Tagesordnungspunktes 10 davon abhängig zu machen, ob Frau Kaus-Köster an der Sitzung teilnehmen könne. Andernfalls werde man den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung beraten.

Bei einer Gegenstimme wird der Vorschlag mehrheitlich angenommen.

Herr Ostermann für den Fall der Anwesenheit von Frau Kaus-Köster, den Tagesordnungspunkt 11 – Anfragen – vorzuziehen, da er zwei Anfragen an Frau Kaus-Köster habe.

Herr Hentschel bittet abzuwarten, ob Frau Kaus-Köster der Sitzung beiwohnen werde. Dann könne man über den Vorschlag von Herrn Ostermann abstimmen.

2. . Mitteilungen

Herr Dr. Brauers berichtet, dass die Schulsozialarbeit für weitere drei Jahre vom Land gefördert werde. Die Stadt Hagen könne mit 740.000 € pro Jahr rechnen. Dabei sei ein Eigenanteil von 20 % zu leisten. Man gehe davon aus, dass dieser Eigenanteil gesichert sei.

Die Spende für das Mehrgenerationenhaus des Kinderschutzbundes sei auch in 2015 gesichert.

Bezüglich der dramatisch ansteigenden Zahlen im Asylbereich habe man neue Stellen beantragt. Diese Stellen seien bewilligt worden.

Auf die Frage von Frau Fischbach, auf wie viele Stellen sich die Förderung für die Schulsozialarbeit verteile, teilt Herr Dr. Brauers mit, dass es sich um ungefähr 15 Stellen handele.

Herr Goldbach ergänzt, dass man besser von 14 Stellen ausgehe, da auch ein Sachkostenbudget bereitgestellt werden müsse.



Herr Hentschel teilt mit, dass er gerade erfahren habe, dass Frau Kaus-Köster vom Jobcenter nicht mehr zu der Sitzung komme. Er schlägt daher vor, den Tagesordnungspunkt 10 von der Tagesordnung zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Verfahren einverstanden.

3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

4. . Bericht aus dem Behindertenbeirat

Frau Utsch-Asbach berichtet aus dem Behindertenbeirat.

5. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

Herr Goldbach beantwortet eine Frage von Herrn Ostermann zum Kommunalen Integrationszentrum.

6. . Salafisten-Szene in Hagen Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Bubolz von der Polizei berichtet über die Salafisten-Szene in Hagen.

Er beantwortet Fragen von Herrn Vogeler, Herrn Sondermeyer, Herrn Gül und Herrn Ostermann.



Frau Kaufmann bittet, die Diskussion auf einer sachlichen Ebene zu führen. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem. Es stelle sich doch die Frage, welche Strukturen man benötige, damit Jugendliche nicht diesen Gefahren hilflos ausgeliefert seien.

Herr Bubolz beantwortet Fragen von Herrn Feldheim.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen aus Sicht der Verwaltung.

Herr Hentschel stellt fest, dass die Meinungsfreiheit ein hohes Gut sei, das solche Formen der Meinungsäußerung aushalten müsse, solange nicht gegen geltendes Recht verstoßen werde.

Herr Bubolz beantwortet eine Frage von Herrn Hentschel.

Herr Hentschel bedankt sich bei Herrn Bubolz für seinen Vortrag.

7. . Sachstand Klinik Im Deerth Präsentation der AWO

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Buchholz, Frau Schröder und Frau Bürger berichten über den Sachstand der Klinik Im Deerth (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Schröder beantwortet Fragen von Frau Cramer, Herrn Vesper und Frau Utsch-Asbach.

Herr Hentschel bedankt sich bei den Gästen und erteilt Frau Kaufmann in einer anderen Angelegenheit das Wort.

Frau Kaufmann berichtet aus der Trägerversammlung des Jobcenters, in der der Vorsitzende der Bundesagentur informiert worden sei, dass ein Mitarbeiter in einem weiteren Jobcenter von einem Antragsteller ermordet worden sei.

Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute zum Gedenken an den Verstorbenen.



8. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Gierke berichtet zum aktuellen Sachstand der Zuweisung von Asylbewerbern.

In der letzten Woche habe zu dem Thema unter der Leitung von Frau Kaufmann die konstituierende Sitzung des Runden Tisches „Zuwanderung“ stattgefunden. Das Protokoll dieser Sitzung werde dem Protokoll der Sitzung des Sozialausschusses beigefügt (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Herr Ostermann regt an, in einer der nächsten Sitzungen über den Problemkreis „Zuwanderung aus EU-Ländern“ zu berichten.

Herr Hentschel informiert darüber, dass das auch ein Thema bei der konstituierenden Sitzung des Runden Tisches Zuwanderung gewesen sei. Dazu gebe es einen eigenen Arbeitskreis.

9. . Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 GeschO der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

hier: Anwendung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Hagen

Vorlage: 1047/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Korn berichtet über das Wohnungsaufsichtsgesetzes.

Herr Beuth bedankt sich für den Vortrag. Er weist darauf hin, dass man sich dafür interessiert habe, wie man aktuell in Hagen damit umgehe.

Frau Korn nimmt dazu Stellung und beantwortet Fragen von Herrn Ostermann, Herrn Beuth, Herrn Sondermeyer und Herrn Gül.

Herr Meier ist die Meinung, dass man mit diesem Gesetz die bestehenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt nicht lösen werde. Er beschreibt die Intention des Gesetzes und die daraus resultierenden Probleme.

Herr Hentschel beschreibt konkrete Fälle aus Hagen. Mindestens in einem Fall habe die Stadt seiner Einschätzung nach eingreifen müssen.

Er stellt den in Bezug auf die Berichterstattung abgeänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

Die Verwaltung unterrichtet den Sozialausschuss über die Anwendung des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW und die getroffenen Maßnahmen ohne weitere Aufforderung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB			
CDU			
SPD	3		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	2		
AfD			
Bürger für Hohenlimburg			
Piratenpartei			
Pro NRW			

Einstimmig beschlossen

Dafür: 9
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

10. . Möglichkeit eines Praktikums bei lfd. SGB II- Bezug

entfällt



11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Ostermann hat zwei Anfragen zum SGB II-Regelkreis. Er sei auch mit einer schriftlichen Beantwortung der Fragen einverstanden.

1. Gebe es betreffend der Kosten der Unterkunft eine städtische Richtlinie, die besage, dass in dem Fall, wenn das Produkt bei den Kosten der Unterkunft aus angemessener Quadratmeterzahl und Quadratmeterpreis in einem der beiden Faktoren um 10 % überschritten werde, eine Deckelung vorgenommen werde?

Er beschreibt ein Beispiel dazu aus der Praxis. Man habe ihm im Jobcenter die Auskunft in dem Fall gegeben, dass es eine städtische Richtlinie gebe, nach der jeder der Faktoren nicht über 10 % höher sein sollte.

Weiterhin wüsste er gern, wie es mit der medizinischen Versorgung von Erstantragstellern aussehe, die nicht krankenversichert seien und bei denen es im Rahmen der Bearbeitung des Antrags akute Krankheitsfälle gebe.

Auch in diesem Fall beschreibt Herr Ostermann einen Fall aus der Praxis.

Herr Meier stellt fest, dass Herr Ostermann Anfragen stelle, die aus seinem ehrenamtlichen Leben stammten. Er halte es für bedenklich, solche Fragen hier in einem solchen Gremium zu stellen. Da gebe es sicherlich andere Möglichkeiten, diese Fragen zu stellen. Es wäre sicher sinnvoll, einmal zu klären, welche Art von Anfragen in einem Gremium gestellt werden könnten.

Herr Hentschel ist der Meinung, dass die Fragestellung rechtlich zulässig sei.

Herr Ostermann macht deutlich, dass er die Fälle so ausführlich geschildert habe, damit die Ausschussmitglieder den Hintergrund der Fragen nachvollziehen könnten. Er habe diese Fragen bewusst politisch gestellt. Diese Fragen betreffen das soziale Leben dieser Stadt.

Herr Goldbach sichert zu, dass diese Fragen schriftlich beantwortet würden. In dem Zusammenhang könne er bereits sagen, dass die Kommune bei den Kosten der Unterkunft einen Rahmen vorgebe, da es sich um rein kommunale Kosten handele, die in diesem Jahr über 50 Millionen € betragen würden. Es gebe natürlich eine Definition von angemessenem Wohnraum und einen auszuübenden Ermessensspielraum.

Er bittet Herrn Ostermann, die genauen Fallkonstellationen schriftlich nachzureichen, weil es hier um EU-Zuwanderer gehe. Die Frage, welchen rechtlichen Status die Betroffenen hätten, müsse intensiver geprüft werden. Das sei auch Thema in der Sitzung des Runden Tisches gewesen.

Herr Stricker möchte in Bezug auf die Planungen zur Schule Kückelhausen wissen, ob diese sich auf die halbe oder die ganze Schule beziehe.



Frau Kaufmann berichtet, dass in der Schule Kückelhausen ein Teil des Gebäudes nicht mehr verkehrssicher sei. Daher könne nur der halbe Teil der Schule umgebaut und für den Zweck genutzt werden.

Herr Hentschel bedankt sich für die Aufmerksamkeit und wünscht allen eine angenehme Adventszeit.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.20 Uhr

gez. Ingo Hentschel
Vorsitzender

gez. Mario Schöffler
Schriftführer